

„Strabs“ – Siedler feiern Erfolg

Schwarzenbach an der Saale – Die Diskussion um die Straßenausbaubeitragsatzung, die „Strabs“, ist noch nicht ganz verstummt. Den Sachstand bilanziert Reinhard Walther, Vorsitzender der Siedlergemeinschaft Schwarzenbach/Saale im Verband Wohneigentum, in einer Mitteilung: „Die CSU hat es auf ihrer Klausurtagung beschlossen, die Freien Wähler starten eine Unterschriftenaktion für ein Volksbegehren, die Politik wird jetzt nach vielen Jahren in dieser Hinsicht aktiv. Die Abschaffung soll kurzfristig umgesetzt werden.“

Den Beschluss der CSU wertet Walther als Erfolg der Siedler, denn: „Leicht vergisst man zwischenzeitlich, dass die Siedler – der Verband Wohneigentum – auf ihrem Landesverbandstag im Jahr 2011 in Weiden als Erste eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) forderten.“ Ziel damals sei es gewesen, die „Strabs“ abzuschaffen.

Der Verband hätte die Ungerechtigkeit dieser Satzung gesehen, bei deren Umsetzung Hauseigentümer in den Ruin getrieben werden könnten, erinnert Walther. Im November 2011 startete der Verband Wohneigentum dann zusammen mit ande-



*„Die Siedler haben
zuerst eine Änderung
des Gesetzes
gefordert.“
Reinhard Walther*

ren Interessenverbänden eine Online-Petition zur Abschaffung der „Strabs“, 60000 Unterschriften kamen zusammen. Im Jahre 2016 habe dann der Bayerische Landtag das umstrittene KAG geändert. Die Änderungen brachten jedoch noch nicht die gewünschte Entlastung für

den Hauseigentümer. Der Verband Wohneigentum sei mithin auch nicht zufrieden gewesen.

Nach einem vom Verband beauftragten Gutachten durch Professor Ludwig Gramlich von der TU Chemnitz wurde schließlich im Oktober 2017 eine Popularklage durch den Verband Wohneigentum beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. „Öffentliche Stellungnahmen sowie die Präsenz in Funk und Fernsehen zusammen mit der Allianz gegen Straßenausbau in Bayern machten die breite Öffentlichkeit auf die Problematik der ‚Strabs‘ aufmerksam“, betont nun Walther. Durch die Aktivitäten der Mitglieder vor Ort in den Siedlergemeinschaften, die Präsenz bei Protestkundgebungen sowie Gespräche mit den verantwortlichen Politikern wurde ein Umdenken in der Politik herbeigeführt.